

# Petition Für einen ganzheitlichen Jugendschutz im digitalen Raum



Von der Jugendsession **angenommen** mit 130 zu 24 Stimmen

**Jahr:** 2025  
**Thema:** Digital Governance  
**Adressat:** Bundesversammlung  
**Eingabeform:** Petition

## Inhalt:

Die Eidgenössische Jugendsession fordert eine Vereinheitlichung des Jugendschutzes im digitalen Raum, damit Minderjährige angemessen und altersgerecht geschützt werden. Dies umfasst den Schutz vor ungeeigneten Inhalten wie Gewalt- oder sexuellen Darstellungen sowie vor der Gefahr, die durch datenbasiertes Profiling für die Entwicklung von Minderjährigen entsteht. Ausserdem muss die digitale Bildung gestärkt werden und Präventionsmodule zum Cyber-Mobbing, zum Umgang mit der Privatsphäre und zum kritischen Denken gegenüber digitalen Inhalten umfassen. Der Altersnachweis muss zweifelsfrei überprüft werden. Der Datenschutz und die Privatsphäre der Nutzer\*innen müssen dabei gewährleistet sein.

## Begründung:

Mit der zunehmenden Digitalisierung und der Verbreitung sozialer Medien entstehen neue Gefahrenpotenziale, unter anderem für Minderjährige. Die Gesetzgebung zum Jugendschutz ist im digitalen Bereich uneinheitlich, es bestehen Lücken und Überschneidungen.

Gemäß den Forschungsergebnissen der JAMES-Studie der ZHAW konsumiert ein signifikanter Anteil der Minderjährigen pornografische und sexuell explizite Inhalte, obwohl dies laut dem Gesetz untersagt ist. Dies beeinträchtigt die Entwicklung und kann zu einer verzerrten Wahrnehmung und Vorstellung der Sexualität führen. Heute gibt es bei Anbieter\*innen von Onlinepornographie keine sichere und zweifelsfreie Verifikation des Alters. Ein mögliches Instrument zur Verifikation wäre die staatliche E-ID.

Eine weitere Gefahr sind die Auswirkungen von Empfehlungssystemen, die auf Profiling beruhen. Laut dem Entwurf des Bundesrates zum neuen Gesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen müssen Anbieter\*innen von sehr grossen Kommunikationsplattformen zur Nutzung der Empfehlungssysteme mindestens eine Option zur Verfügung stellen, die nicht auf Profiling beruht. Die Jugendsession sieht eine obligatorische Einführung dieser Option für Minderjährige als notwendig an. Empfehlungssysteme, die auf Profiling basieren, können sich potenziell nachteilig auf die psychische Gesundheit und das Konsumverhalten der Nutzenden auswirken. Ein weiteres Gefahrenpotential ist in der Gefährdung der öffentlichen Meinungsbildung zu sehen, die zu einer gesellschaftlichen Spaltung und somit zu einer Gefahr für die Demokratie werden kann.

Das Berücksichtigen dieser Forderung würde die Sicherheit im digitalen Raum für Minderjährige sicherstellen, die Demokratie stärken und eine verantwortungsvolle Nutzung der digitalen Medien ermöglichen.

## Interessante Informationen zum Thema und Dokumente

## Status und Erfolg:

Nachverfolgung durch das forum nicht abgeschlossen